

DIE WELT

"Der Euro war attraktiv. Das hat sich geändert"

Früher sehnten sich viele Staaten nach dem Euro, heute behalten sie lieber ihre eigenen Währungen, sagt Kommissionsvize Valdis Dombrovskis. Warum die goldene Zeit des gemeinsamen Geldes vorüber ist.

Von Andre Tauber, Brüssel Korrespondent



Umdenken in Europa? Früher wollten alle Staaten den Euro, heute scheint das anders zu sein. Dafür hat jedes Land offenbar seine ganz eigenen Gründe. Quelle: Die Welt

Valdis Dombrovskis ist ein höflicher Mann. Bei der Begrüßung nimmt der frühere lettische Regierungschef eine kerzengerade Haltung ein. Die Beine streckt er dann durch und lehnt sich leicht nach vorn. Doch die freundliche Geste sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass Dombrovskis einen knallharten Job in der Europäischen Kommission hat. Er wacht über die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Mitgliedstaaten. Im vergangenen Jahr verhandelte er mit der griechischen Regierung über ein neues Kreditprogramm, und dieses griechische Währungs-drama hat Spuren hinterlassen.

In den neuen EU-Mitgliedstaaten ist die Bereitschaft zur Aufnahme des Euro gering, in Finnland machen einzelne Politiker die Gemeinschaftswährung für die wirtschaftliche Misere des Landes verantwortlich und die Rufe nach einem Ende der Sparpolitik werden immer lauter. Es wird ein spannendes Jahr werden – zumal rund um die Flüchtlingsproblematik neue, dringendere Probleme aufgetaucht sind.

Die Welt: Man dachte bis zum Juli, die Griechenlandkrise sei die schlimmste Gefahr für die Europäische Union. Hatten Sie damals geglaubt, dass Europa noch vor größere Herausforderungen gestellt werden könnte?

Valdis Dombrovskis: Ich sehe nicht, dass die griechische Finanzkrise eine Gefahr für Europa darstellte. Das war keine europäische Krise, sondern eine griechische Krise. Die Gespräche mit der griechischen Regierung waren zwar kompliziert und von sehr harten Worten und unerfüllten Versprechen begleitet. Doch die griechische Finanzkrise war ein isolierter Fall. Die Stabilität der Euro-Zone stand nie in Frage.

Die Welt: Es wurde hart gestritten, es gab mehrere Sondergipfel. Griechenland wurde mit dem Rauswurf aus dem Euro gedroht ...

Dombrovskis: ... die Krise drohte aber nicht auf andere Länder überzuspringen, wie es noch 2010 und 2011 der Fall war. Das ist ein gutes Zeichen. Die Europäische Union hat die Zeit in den vergangenen Jahren gut genutzt, die Euro-Zone zu stärken.



Foto: picture alliance / dpa EU-Kommissar Valdis Dombrovskis sieht Bulgarien und Rumänien als nächste Euro-Beitrittsländer. In den nächsten Jahren jedoch sei mit keinen neuen Mitgliedern zu rechnen

Die Welt: Einige warnen, die Europäische Union könnte an der Flüchtlingskrise zerbrechen.

Dombrovskis: Wir sollten keine Weltuntergangs-Szenarien entwerfen. Wenn wir gemeinsam handeln, um zum Beispiel die Grenzen zu stärken oder um die Lasten zu verteilen, dann können wir mit dieser Krise umgehen. Wir brauchen einen koordinierten, europäischen Ansatz.

Die Welt: Es hat den Anschein, dass vor allem Ost und West in Europa streiten.

Dombrovskis: Es geht nicht unbedingt um Ost und West, da sehe ich viel mehr Dimensionen. Einige Mitgliedstaaten setzen die europäischen Asylregeln des Dubliner Abkommens nicht um, andere weigern sich, Flüchtlinge aus anderen EU-Ländern aufzunehmen.

Die Welt: Großbritannien wird bis 2017 über den Verbleib in der EU abstimmen. Kann die EU der britischen Forderung nachgeben und vertraglich festhalten, dass der Euro nicht die einzige Währung ist?

Dombrovskis: Das würde für Großbritannien wenig ändern und hätte allenfalls eine symbolische Bedeutung. Natürlich hat Großbritannien ein Opt-Out vom Euro, allerdings sollte das gleichzeitig nicht die Staaten der Euro-Zone von einer weiteren Integration abhalten. Wir werden uns aber dafür einsetzen, dass es beim Bekenntnis zum Euro in den Verträgen bleibt. Am Ende allerdings entscheiden darüber die EU-Staaten.

Die Welt: In Polen und anderen Staaten ist die Lust gering, den Euro einzuführen. Wann wird es die nächste Erweiterung geben?

Alle neuen Mitgliedstaaten verpflichteten sich mit ihrem Beitritt dazu, die Gemeinschaftswährung einzuführen

Valdis Dombrovskis

EU-Kommissar für Wirtschafts- und Finanzpolitik

Dombrovskis: Alle neuen Mitgliedstaaten verpflichteten sich mit ihrem Beitritt dazu, die Gemeinschaftswährung einzuführen. In den nächsten Jahren ist allerdings mit keiner Euro-Erweiterung zu rechnen. Bevor ein Land beitrifft, sollte es zunächst feste Wechselkurse zum Euro festlegen. Dieser Wechselkursmechanismus ist der Warteraum der Euro-Zone. Derzeit hält sich darin allerdings kein EU-Mitgliedstaat auf – abgesehen von Dänemark, was allerdings ein spezieller Fall ist.

Die Welt: Welche Staaten haben denn ein Interesse daran geäußert, im Euro-Wartezimmer Platz zu nehmen?

Dombrovskis: Bulgarien und Rumänien sprachen sich zuletzt dafür aus. Mit der früheren polnischen Regierung führten wir erste Diskussionen. Es mag sein, dass die neue Regierung in Warschau etwas reservierter ist.

Die Welt: Die öffentliche Zustimmung dafür ist gering. Hat die Griechenland-Krise die Bemühungen um eine Euro-Erweiterung weiter zurückgeworfen?

Dombrovskis: Der Beitritt in den Euro-Raum war für die neuen EU-Staaten zunächst einmal sehr attraktiv. Das änderte sich mit der Euro-Krise. Die Griechenland-Krise verschärfte diese Entwicklung sicher noch einmal.

Die Welt: Ihr Land Lettland ist zum Jahreswechsel beigetreten. Auch die anderen beiden baltische Staaten sind Teil der Währungsunion.

Dombrovskis: Für Staaten, die feste Wechselkurse zum Euro haben, ist ein Beitritt leichter. Man gibt ja im Prinzip nichts auf. Schwieriger ist es für Länder, die flexible Wechselkurse zum Euro haben wie Polen, Ungarn und Tschechien. Sie müssen einige Jahre auf ein währungspolitisches Instrument verzichten, bekommen im Gegenzug allerdings keine Sicherheit, wann der Euro-Beitritt klappen wird. Auf einige der Maastricht-Kriterien, etwa die Inflationsrate, haben sie allenfalls einen geringen Einfluss.

Die Welt: Von den neuen Ländern erwarten Sie die Erfüllung der Kriterien. Bei Italien und dem notorischen Defizitsünder Frankreich lässt die Kommission hingegen Milde walten.

Dombrovskis: Frankreich wird in diesem und im kommenden Jahr beim Haushaltsdefizit die Empfehlungen des Rats übererfüllen. Das Problem ist, dass das Land auch das strukturelle Haushaltsdefizit stärker reduzieren müsste.

Die Welt: Die Frage ist, ob Frankreich sich an die Defizitziele im Jahr 2017 halten wird – das Jahr, in dem sich Staatspräsident François Holland zur Wiederwahl stellen wird.

Dombrovskis: Wir erwarten, dass Frankreich das übermäßige exzessive Defizit wie vereinbart korrigiert. Das wird allerdings schwerer zu erreichen sein, da die Regierung die gute Startposition in diesem Jahr nicht nutzte, um strukturelle Einsparungen im Haushalt einzuleiten. Sie hat sich diese Aufgabe für 2017 aufgespart.

Die Welt: Auch Italien will weniger sparen.

Dombrovskis: Das italienische Haushaltsdefizit wird nicht so schnell sinken, wie es die Regierung noch vor einem halben Jahr ankündigte. Italien stellte ein Defizit von 1,8 Prozent der Wirtschaftsleistung in Aussicht, nun sollen es 2,2 Prozent werden. Die Regierung hat zudem weiteren Spielraum beantragt.

Die Welt: Bekommt Rom diesen Spielraum?

Dombrovskis: Die Flexibilität im Stabilitäts- und Wachstumspakt ist an klare Bedingungen geknüpft. Wer sich Investitionen oder Strukturreformen anrechnen lassen möchte, muss über das Maß hinausgehen, das ohnehin bereits geplant war. Ich erwarte eine ernste Diskussion im Frühling über die Frage.

Die Welt: Wird es härter für die Europäische Kommission, auf Haushaltsstabilität zu dringen?

Das Haushaltsdefizit in der Euro-Zone sinkt

Valdis Dombrovskis
EU-Kommissar für Wirtschafts- und Finanzpolitik

Dombrovskis: Es war nie einfach. Es ist für Politiker immer einfacher, Geld auszugeben als zu sparen. Wir halten allerdings den Druck aufrecht und sehen auch Erfolge. Das Haushaltsdefizit in der Euro-Zone sinkt unter dem Strich.

Die Welt: Druck braucht es ganz offenbar auch auf die griechische Regierung. Athen hinkt dem im Sommer vereinbarten Reformzeitplan hinterher.

Dombrovskis: Griechenland ist insgesamt wieder auf einem richtigen Weg. Es gibt ein klares Bekenntnis, das Programm am Laufen zu halten. Das ist sehr wichtig.

Die Welt: Wann wird es den ersten Reformbericht geben?

Dombrovskis: Eigentlich planen wir die erste Überprüfung des Programms im Herbst. Nun werden wir Anfang 2016 beginnen. Griechenland muss noch einige Bedingungen erfüllen. Die Vorbereitungen laufen aber schon.

Die Welt: Hat Premierminister Alexis Tsipras die politische Kraft, die anstehenden Reformen, darunter eine Pensionsreform, zu stemmen?

Dombrovskis: Es gab eine große parlamentarische Zustimmung für das Programm, das einen primären Haushaltsüberschuss von 0,5 Prozent der Wirtschaftsleistung 2016 vorsieht. Wir erwarten, dass Griechenland an dieser Verpflichtung festhält. Dazu wird auch eine Pensionsreform beitragen müssen.

Die Welt: Tsipras wiederholte jüngst seine Forderung, den Internationalen Währungsfonds aus dem Programm zu werfen.

Dombrovskis: Wir erwarten, dass sich der Internationale Währungsfonds auch weiterhin am Kreditprogramm in Griechenland beteiligt – auch finanziell. Die Entscheidung wird der IWF allerdings selbst treffen müssen. Dies ist in der Stellungnahme der Eurogruppe sehr klar geregelt.